Pressemitteilung

PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz

Pflege-Neuordnungsgesetz: PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz ruft zur Demonstration in Mainz auf

Mainz, 05. November 2026

Unter dem Slogan **„Ihr zerschlagt, was wirklich hilft!"** protestiert die PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz gegen die mit dem Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG) geplanten Änderungen. Am Mittwoch, dem 18. November 2026, zieht ein Demonstrationszug aus Fahrzeugen ambulanter Dienste und einer Fußgruppe durch die Mainzer Innenstadt. Gemeinsam mit ihren Mitgliederverbänden warnt die PflegeGesellschaft vor den damit verbundenen erheblichen Folgen für die häusliche Versorgung, für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Pflegeeinrichtungen.

Im Mittelpunkt der Kritik stehen die geplante Neuordnung der Entlastungsleistungen, die Gefährdung bewährter Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sowie höhere Hürden beim Zugang zu Pflegeleistungen zum 01.01.2027. Auch die vorgesehenen Änderungen bei der Refinanzierung der Personalkosten stoßen auf Kritik. Sie könnten den Wettbewerb zwischen den Einrichtungen verzerren und erneut eine Lohnschere zwischen Beschäftigten mit vergleichbarer Tätigkeit entstehen lassen.

Besonders problematisch ist aus Sicht der PflegeGesellschaft, dass bisherige Finanzierungsmöglichkeiten für Unterstützungsleistungen ambulanter Pflegedienste entfallen könnten. Die Umstellung auf ein zweckgebundenes Sozialraumbudget darf nicht dazu führen, dass bewährte Angebote vor Ort verschwinden. Auch Einschränkungen bei der Verhinderungspflege würden insbesondere pflegende Angehörige treffen, die dringend auf verlässliche Entlastung angewiesen sind.

Der Kabinettsentwurf verlagert die Verantwortung für die pflegerisches Versorgung weg von professionellen Strukturen, hin zu Angehörigen und zum Ehrenamt. Damit gefährdet das Gesetz die professionelle Pflege und die Qualität erheblich und birgt das Risiko, dass die Pflegeinfrastruktur, insbesondere die ambulante Pflege, wirtschaftlich zusammenbricht.

Die PflegeGesellschaft fordert den Deutschen Bundestag auf, den Gesetzentwurf nachzubessern. Die Reform muss die häusliche Versorgung stärken, bestehende Unterstützungs- und Beratungsangebote sichern und faire Rahmenbedingungen für sämtliche Pflegeeinrichtungen gewährleisten.

Ablauf der Demonstration:

Die Demonstration findet am Mittwoch, 18. November 2026, in Mainz statt. Vorgesehen ist ab 14.30 Uhr ein Demonstrationszug zu Fuß vom Ernst-Ludwig-Platz zum Marktplatz/Dom. Dort findet eine Abschlusskundgebung mit Redebeiträgen statt. Pflegeeinrichtungen, Beschäftigte, Pflegebedürftige, Angehörige und weitere Unterstützer sind zur Teilnahme eingeladen.

Die zentralen Forderungen der PflegeGesellschaft sind dieser Pressemitteilung als Anlage beigefügt. Weitere Details unter: www.pflegegesellschaft-rlp.de

Pressemitteilung

PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz

Anlage zur Pressemitteilung vom 02. November 2026

Forderungen der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz zum Pflege-Neuordnungsgesetz (PNOG)

1. Bewährte Unterstützungsangebote erhalten statt Versorgungslücken schaffen!

Die geplante Umstellung individueller Leistungsansprüche auf ein stärker zweckgebundenes Sozialraumbudget könnte dazu führen, dass Pflegebedürftige bestimmte Hilfen nicht mehr unmittelbar und bedarfsgerecht abrufen können. Insbesondere droht der Wegfall bisheriger Finanzierungsmöglichkeiten für Betreuungs- und Entlastungsleistungen. Pflegebedürftige und Angehörige brauchen aber weiterhin verlässliche und individuell abrufbare Hilfen. Auch der Verlust etablierter Angebote der Verhinderungspflege ist eine nicht hinzunehmende Belastung pflegender Angehöriger, die auf zeitweise Entlastung angewiesen sind.

2. Pflegeberatung sichern statt gewachsene Strukturen zerschlagen!

Ambulante Pflegedienste beraten Pflegebedürftige und Angehörige seit Jahren unmittelbar in ihrem häuslichen Umfeld. Werden diese Beratungsangebote durch neue Formen der Pflegebegleitung verdrängt, gehen wohnortnahe Ansprechpartner, fachliche Kompetenz und gewachsene Vertrauensverhältnisse verloren. Die PflegeGesellschaft fordert deshalb, bestehende Beratungsstrukturen zu erhalten und verbindlich in die neuen Regelungen einzubinden, statt zusätzliche Parallelstrukturen aufzubauen.

3. Keine höheren Hürden beim Zugang zu Pflegeleistungen!

Die geplanten Änderungen der Begutachtungssystematik drohen den Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung zu erschweren. Menschen mit beginnendem Unterstützungsbedarf könnten notwendige Hilfen erst später erhalten. Gerade eine frühzeitige Unterstützung trägt jedoch dazu bei, Selbstständigkeit zu erhalten und eine Verschlechterung der Pflegesituation zu vermeiden. Einsparungen dürfen nicht dadurch erzielt werden, dass Pflegebedürftige später oder nur eingeschränkt Leistungen erhalten.

4. Gleiche Wettbewerbsbedingungen und faire Löhne für alle Pflegeeinrichtungen!

Die geplanten unterschiedlichen Vorgaben zur Refinanzierung von Personalkosten drohen den Wettbewerb zwischen Pflegeeinrichtungen zu verzerren und eine Lohnschere zwischen ihren Beschäftigten wieder zu eröffnen, die wir alle bewusst schließen wollten. Pflegekräfte leisten dieselbe anspruchsvolle Arbeit. Erforderlich sind faire Wettbewerbsbedingungen und eine sachgerechte Refinanzierung der Personalkosten für alle Einrichtungen. Gesetzliche Regelungen dürfen nicht erneut zu einer auseinanderdriftenden Vergütung vergleichbarer Pflegearbeit führen.

5. Häusliche Pflege stärken statt Angehörige zusätzlich belasten!

Die häusliche Pflege ist das Rückgrat der pflegerischen Versorgung. Sie funktioniert nur, wenn professionelle Pflegedienste, ergänzende Unterstützungsangebote und pflegende Angehörige zuverlässig zusammenwirken. Die Reform muss deshalb die ambulante Versorgung stärken, bestehende Angebote sichern und echte Wahlmöglichkeiten erhalten. Andernfalls drohen Versorgungslücken, die Familien selbst auffangen müssen und die langfristig auch den Druck auf die stationäre Versorgung erhöhen.